

Die politische Ökonomie des Westjordanlands

EIN VERSUCH, DIE WIRTSCHAFTLICHEN PROTESTE IM SEPTEMBER 2012 ZU ERKLÄREN

Seit Anfang 2011 haben Demonstrationen im Westjordanland merklich zugenommen. Nebst den Protesten gegen die jüngste israelische Militäroffensive in Gaza im November 2012 fanden auch im März 2011 sowie im Juli und September 2012 Großdemonstrationen statt. Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) Mahmud Abbas erklärte bei einem Treffen mit Ministern der Arabischen Liga im September 2012 in Kairo, dass der Palästinensische Frühling nun begonnen habe und sie (die PA) mit den Forderungen der Menschen übereinstimme.¹ Obwohl die Zunahme koordinierter Proteste im Verlauf der letzten zwei Jahre und die an die eigene Regierung gerichteten Forderungen der Bevölkerung als ‚Spillover‘-Effekte der Entwicklungen in Ägypten und Tunesien interpretiert werden können, haben sich die Proteste um unterschiedliche Themen gedreht haben und sollten deswegen auch unabhängig voneinander analysiert werden.

Dieser Länderbericht nimmt die Proteste aufgrund der wirtschaftlichen Lage im September 2012 als Einstiegspunkt, um darauf aufbauend eine Analyse der politischen Ökonomie des Westjordanlands zu präsentieren. Diese Proteste fanden in der ersten Hälfte des Septembers in mehreren Städten im Westjordanland statt, darunter Ramallah, Bethlehem, Hebron, Jenin, Nablus, Tulkarem und Jericho. In Hebron und Nablus entwickelten sich die Proteste zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und der Polizei. Dabei wurden Regierungsgebäude und Polizeistationen attackiert.

Die September-Proteste: Wer machte was und warum?

Auslöser der Proteste waren steigende Treibstoff- und Grundnahrungsmittelpreise, die einen starken sozioökonomischen Effekt auf große Teile der palästinensischen Bevölkerung hatten. Einige Güter verteuerten sich über die letzten Monate hinweg dramatisch: Der Preis von Mehl stieg zwischen Juni und September 2012 um 10%, Diesel und Kerosin wurden um 8%, Benzin und Gas zwischen Juli und September um 13% teurer.²

Die Unzufriedenheit der Demonstrierenden richtete sich vor allem gegen den technokratischen palästinensischen Ministerpräsidenten Salam Fayyad und dessen Regierung. So verlangte die Mehrheit der Menschen auf der Straße eine Verbesserung der Lebensbedingungen und Fayyads Rücktritt. Einige der Protestierenden forderten sogar den Rücktritt Abbas', wohl realisierend, dass Fayyad ohne Abbas' Rückendeckung keine politischen Maßnahmen vorantreiben könnte. In Ramallah sangen die Protestierenden beispielsweise „Ich kann mein Auto nicht tanken, Fayyad kann es

¹ Vgl. Ma'an (2012) 'President says Palestinian Spring has begun.', Ma'an News, 5 September. <http://www.maannews.net/eng/ViewDetails.aspx?ID=517618> [10. Dezember 2012].

² Vgl. The Portland Trust (2012) 'Palestinian Economic Bulletin.', September 2012 (72).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

JUDITH SPIRIG
DR. HANS HEYN

13. Dezember 2012

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

haben“, oder „Wir waren auf der Suche nach Palästina, jetzt sind wir auf der Suche nach einem Sack Mehl“. ³

Ausgelöst von der Gewerkschaft des Öffentlichen Transports aufgrund steigender Treibstoffpreise, wurden die Proteste vorwiegend unterstützt von Studierenden, aber auch von weiteren Gewerkschaften, welche höhere Löhne und deren rechtzeitige Auszahlung verlangten. Wie eine vom Palästinensischen Zentrum für Politik- und Umfrageforschung (PSR) in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Ramallah durchgeführte Meinungsumfrage nahe legt, haben zwei Drittel der palästinensischen Bevölkerung das Gefühl, dass die Proteste notwendig (gewesen) seien, weil eine Verbesserung ihres Lebens in der Zukunft nicht möglich erscheint. ⁴

Als Antwort auf die Proteste hat die Palästinensische Autonomiebehörde am 11. September 2012 bekannt gegeben, dass sie Maßnahmen ergreifen werde, um die steigenden Lebenshaltungskosten zu senken: Die Preise von Diesel, Kerosin und Gas würden auf August-Niveau gesenkt und die Erhöhung der Mehrwertsteuer (Mwst.) würde teilweise rückgängig gemacht werden. Weiter wurde versprochen, dass die Gehälter von Spitzenbeamten gekürzt werden würden. Im Oktober und Anfang November traten solche Maßnahmen schließlich auch in Kraft, beispielsweise mit der Ankündigung des Finanzministeriums, dass der Preis von Treibstoff- und Gas gesenkt worden sei und Anbieter wie Verteiler die Preise dementsprechend anpassen sollten. Darüber hinaus ordnete Israel eine Vorauszahlung der für die PA gesammelten Abgaben und Zollgebühren an und erklärte, dass 5000 zusätzliche Arbeitsgenehmigungen für Palästinenser und Palästinenserinnen in Israel ausgestellt werden würden. Diese Handlung sollte jedoch nicht in erster Linie als selbstloses Entgegenkommen Israels interpretiert werden. Aufgrund der engen Zusammenarbeit zwischen der PA und Israel in Sicherheitsbelangen ist eine funktionierende PA für Israel zentral – wenn auch nur, um potentielle Angriffe auf Israel zu verhindern.

Die Proteste dauerten jedoch auch nach Fayyads Zugeständnissen mehrere Tage an; nicht zuletzt, weil einigen Protestierenden die angekündeten Maßnahmen nicht weit genug gingen und sie die PA auf einer fundamentaleren Ebene kritisierten: Themen wie die Kooperation der PA mit Israel in Sachen Sicherheit oder das Pariser Protokoll, welches die israelisch-palästinensischen Wirtschaftsbeziehungen unter den Osloer Verträgen regelt, wurden vorgebracht.

Um die Zusammenhänge zwischen dem ökonomischen und dem politischen Kontext auszuarbeiten, sowie um ein besseres Verständnis der unmittelbaren und tiefer liegenden Gründe für die Proteste im September 2012 zu entwickeln, ist eine Analyse der politischen Ökonomie zentral. Konkret beinhaltet dies erstens eine Erkundung der Gründe für die steigenden Preise und zweitens weiterer wirtschaftlicher Entwicklungen im Westjordanland.

³ Ma'an (2012) 'President says Palestinian Spring has begun.', Ma'an News, 5 September. <http://www.maannews.net/eng/ViewDetails.aspx?ID=517618> [10. Dezember 2012].

⁴ Die letzte Umfrage wurde zwischen dem 13. und 15. September 2012 durchgeführt. Die Resultate können auf der Webpage des Palästinensischen Zentrums für Politik- und Umfrageforschung eingesehen werden: <http://www.pcpsr.org/survey/polls/2012/p45efull.html> [10. Dezember 2012].

PALÄSTINENSISCHE GEBIETEJUDITH SPIRIG
DR. HANS HEYN

13. Dezember 2012

www.kas.de/ramallah
www.kas.de**Das Pariser Protokoll**

Wie das monatliche *Palestinian Economic Bulletin* von The Portland Trust im September 2012 aufzeigte, ist der Konsumentenpreisindex (KPI) für das Westjordanland seit 2009 um 13% gestiegen.⁵ Einer der Hauptgründe dafür ist das *Protokoll über wirtschaftliche Beziehungen zwischen der Regierung des Staates Israel und der P.L.O.*, besser bekannt als das Pariser Protokoll (PP). Das Pariser Protokoll wurde 1994 im Zuge der Osloer Verträge von Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) unterzeichnet. Obwohl es als fünfjähriges Übergangsabkommen gedacht war, hat es seither die wirtschaftlichen Beziehungen und Interaktionen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde geregelt.⁶

Die sechs Schwerpunktbereiche, in welchen das PP Anwendung findet, sind Zollwesen, Steuerwesen, Arbeit(skräfte), Landwirtschaft, Industrie und Tourismus.⁷ Einige der zentralen Regelungen des Abkommens behandeln die Erleichterung des Austausches von Arbeitskräften zwischen Israel und den Palästinensischen Gebieten, das Recht der PA, eine Währungsbehörde zu schaffen und Steuern zu erheben sowie auch Israels Aufsicht über palästinensische Importe von und Exporte in Drittstaaten.⁸ Eine der entscheidenden im PP verankerten Praktiken ist, dass Israel die Zölle auf Importgüter ins Westjordanland sowie die MwSt. auf Güter, welche in Israel verkauft, aber in den Palästinensischen Gebieten konsumiert werden, einsammelt und dann an die PA überweist. Da diese eingezogenen Beträge etwa 70% der Einnahmen der PA darstellen (rund \$100 Millionen per Monat),⁹ ist ein reibungsloser Ablauf dieser Finanztransaktionen für die palästinensischen Behörden essenziell. So hat Israel in der Vergangenheit bereits mehrmals das Zurückhalten von Geldern (oder die Androhung davon) genutzt, um Druck auf die PA auszuüben. Bereits 1997 hat Israel absichtlich den Transfer der Beträge verzögert und so die PA unter Druck gesetzt.

In den Augen vieler Fachleute¹⁰ zeigt dies nicht nur die Abhängigkeit der Palästinensischen Gebiete von Israel auf, sondern ist auch ein Beleg für ein asymmetrisches Machtgefüge. Israel kann sich faktisch erlauben, vom PP abzuweichen, ohne negative Konsequenzen zu befürchten. Fayyad hat wohl auch auf dieses

⁵ Vgl. The Portland Trust (2012) 'Palestinian Economic Bulletin.', September 2012 (72): 1.

⁶ Am 31. Juli 2012, kurz vor den September-Protesten, vereinbarten Israel und die PA weitere Regelungen bezüglich Besteuerung und bilateralem Handel, um die Umsetzung existierender wirtschaftlicher Abkommen (insbesondere des Pariser Protokolls) zu erleichtern. Diese neue Vereinbarung wird jedoch erst im Januar 2013 in Kraft treten. Für weitere Informationen vgl. Israel Ministry of Foreign Affairs (2012) 'Arrangements on taxation and transfer of goods between Israel and the PA.', 31 July.

http://www.mfa.gov.il/MFA/Government/Communiqués/2012/Arrangements_taxation_transfer_goods_Israel-PA_31-Jul-2012 [10. Dezember 2012] oder Stern, Y. (2012) 'The Israeli-Palestinian trade agreement – analysis by Yoav Stern.', Britain Israel Communications & Research Centre. <http://www.bicom.org.uk/analysis-article/8691/> [10. Dezember 2012].

⁷ Vgl. Israel Ministry of Foreign Affairs (1994) 'The Gaza-Jericho Treaty Protocol, Annex IV.' <http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace+Process/Guide+to+the+Peace+Process/Gaza-Jericho+Agreement+Annex+IV+-+Economic+Protoco.htm> [10. Dezember 2012].

⁸ Für weitere Informationen zum Pariser Protokoll, vgl. unser Fact Sheet dazu:

<http://www.kas.de/palaestinensische-gebiete/en/pages/11895/> [10. Dezember 2012].

⁹ Vgl. RT (2012) 'Israel withholds \$120mn in Palestinian tax funds as revenge for UN vote.', RT news, 2 December. <http://rt.com/news/israel-withholds-tax-funds-084/> [10. Dezember 2012].

¹⁰ Vgl. zum Beispiel: Arnon, A und A. Spivak (1998) 'Economic Aspects of the Oslo Process.', Palestine-Israel Journal, 5(3&4). <http://www.pij.org/details.php?id=388> [10. Dezember 2012].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

JUDITH SPIRIG
DR. HANS HEYN

13. Dezember 2012

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

asymmetrische Machtgefüge angespielt, als er als Antwort auf die Rücktrittsforderungen sagte: „Ich bin nicht verantwortlich für das Pariser Abkommen.“¹¹

Obwohl das Zurückhalten der Gelder kaum für die steigenden Preise im September im Westjordanland verantwortlich ist, könnte es möglicherweise zu solchen Entwicklungen beitragen; insbesondere wenn man berücksichtigt, dass Israel derzeit als Antwort auf die Statusaufwertung Palästinas bei den Vereinten Nationen am 29. November 2012 gesammelte Beiträge in der Höhe von \$120 Millionen vor der PA zurückhält und damit vorwiegend palästinensische Schulden beim israelischen Elektrizitätswerk begleicht.

Hinsichtlich der steigenden Preise im Westjordanland sind vor allem die Bestimmungen im Pariser Protokoll bezüglich der Mehrwertsteuer und Treibstoffpreise zentral. Es ist festgelegt, dass der palästinensische Mehrwertsteuersatz nicht mehr als 2% unter dem israelischen liegen und der Preis für Treibstoff nicht mehr als 15% vom israelischen Preis abweichen darf.¹² Dementsprechend musste die PA aufgrund Israels Erhöhung der Mehrwertsteuer und Treibstoffpreise Ende August 2012 ihre Mehrwertsteuer und Treibstoffpreise auch erhöhen. Die Last der Mehrwertsteuer wird generell unverhältnismäßig von ärmeren Bevölkerungsschichten getragen, da diese einen größeren Anteil ihres Einkommens für grundlegende Güter ausgeben. Vor diesem Hintergrund ist die Bindung der Mehrwertsteuer und Treibstoffpreise an Israel für die Palästinensischen Gebiete problematisch. Gemäß einem ehemaligen Vize-Präsidenten der Bank of Israel liegt der durchschnittliche Lohn von Palästinensern oder Palästinenserinnen im Westjordanland ungefähr zweieinhalb bis drei Mal unter dem israelischen Mindestlohn.¹³

Als Reaktion auf die Forderung von Protestierenden, das Pariser Protokoll neu zu verhandeln oder abzuschaffen, erklärte Hussein al-Sheikh, der palästinensische Minister für Zivile Angelegenheiten, dass die Palästinensische Autonomiebehörde offiziell um neue Verhandlungen bezüglich des Pariser Protokoll ersuche, weil dieses nicht mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation kompatibel sei. Dieser Versuch der PA, die Verhandlungen bezüglich des PP wiederaufzunehmen, wurde jedoch umgehend von Israel abgewiesen.

Konjunkturabschwung und Gebermittel

Ein weiterer Grund für den Anstieg der Preise ist die Finanzkrise im Westjordanland.

¹¹ Vgl. Jaradat, A. (2012) 'Economic is political: Palestinians know why they are protesting.', Alternative Information Center.

<http://www.alternativenews.org/english/index.php/news/opinion/5234-economic-is-political-palestinians-know-why-they-are-protesting.html> [10. Dezember 2012].

¹² Über das Handhaben der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Israel und den Palästinensischen Gebieten hinaus liegt ein Teil der Wichtigkeit des PP auch darin, dass es ein integraler Bestandteil von Netanjahus ‚Economic Peace Theory‘ ist. Die Idee eines ‚ökonomischen Friedens‘, welche von Netanjahu propagiert wird, basiert auf der Vorstellung, dass wirtschaftliche Entwicklung ein Mittel zur Konflikttransformation darstellt. Abgestützt auf eine ‚Theorie rationaler Akteure‘ ist die Idee dahinter, dass wirtschaftliche Entwicklung zur Friedensstiftung beiträgt, weil das Hauptinteresse von Entscheidungstragenden in der Wohlfahrtsförderung des eigenen Landes liegt und deswegen das Interesse am Aufkommen von gewaltsamen Konflikten nicht zum Tragen kommt, wenn das Kosten-Nutzen-Verhältnis negativ ist. Das Pariser Protokoll von 1994 kann als Konkretisierung der Herbeiführung dieses ‚ökonomischen Friedens‘ verstanden werden. In der Praxis hat die israelische Politik das Wirtschaftswachstum in den Palästinensischen Gebieten jedoch in vielen Hinsichten behindert, so beispielsweise auch im Bezug auf ausländische Investitionen oder Import-Export-Beziehungen. Für weitere Informationen, vgl. zum Beispiel: Feldman, N. (2009) 'Economic Peace: Theory versus Reality.', Strategic Assessment, 12(3).

¹³ Vgl. 'Is Economic Integration with Israel the Best Path to Palestinian Prosperity?', Israel Knowledge @ Wharton. <http://kw.wharton.upenn.edu/israel/professor-eckstein-on-incentives-for-a-vibrant-palestinian-economy/> [10. Dezember 2012].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

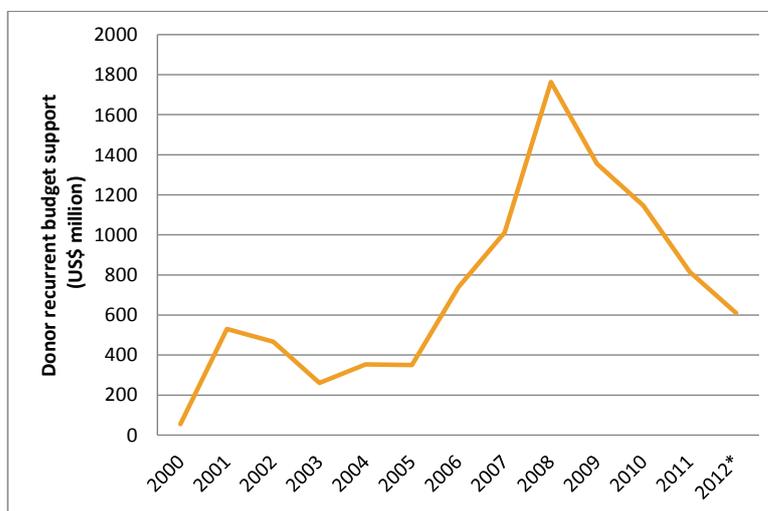
JUDITH SPIRIG
DR. HANS HEYN

13. Dezember 2012

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

Gemäß einem kürzlich erschienen Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) existiert eine erhebliche Finanzierungslücke – Mitte September 2012 vom IWF auf \$0.4 Milliarden geschätzt.¹⁴ Diese Finanzkrise scheint vor allem auf zwei Entwicklungen in den letzten Jahren zurückführbar: die Wirtschaftsstagnation und ein substantieller Rückgang von Gebermitteln. Bezüglich der Gebermittel gibt es eindeutige Zahlen, die diese Ansicht bekräftigen: Zwischen 2008 und 2011 fiel der prozentuale Anteil von ausländischen Hilfszahlungen am Bruttoinlandprodukt (BIP) der Palästinensischen Gebiete von 21% auf 11%. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die Verringerung der Hilfszahlung aus den Vereinigten Staaten und arabischen Ländern zurückzuführen, wohingegen die Unterstützung aus der Europäischen Union relativ konstant blieb. In absoluten Zahlen ausgedrückt verringerten sich die internationalen Hilfszahlungen an die PA von \$1.8 Milliarden im Jahr 2008 auf \$1.1 Milliarden 2010 (vgl. erste Grafik unten).¹⁵ So reduzierten beispielsweise arabische Länder ihre Unterstützung von \$500 Millionen in den Jahren 2008 und 2009 auf \$200 Millionen in den Jahren 2011 und 2012 (bis Mitte September).¹⁶

Figure 1: Donor recurrent budget support (US\$ million)



* 2012 figure is based on International Monetary Fund (IMF) projections
Source: PA MoF, IMF, and World Bank

Quelle: The World Bank (2012) 'Stagnation or Revival? Palestinian Economic Prospects.', Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee, 21 March: 9.

¹⁴ Vgl. IMF (2012) 'Recent Experience and Prospects of the Economy of the West Bank and Gaza.', Staff Report Prepared for the Meeting of the Ad Hoc Liaison Committee, 23 September: 3. <http://www.imf.org/external/country/WBG/RR/2012/091912.pdf> [10. Dezember 2012].

¹⁵ Vgl. ebd.

¹⁶ Vgl. Kershner, I. (2012) 'Financial Strains Said to Threaten Stability of Palestinian Authority.', New York Times, 17 September. <http://www.nytimes.com/2012/09/18/world/middleeast/palestinian-authoritys-stability-threatened-by-financial-strains.html?pagewanted=all&r=0> [10. Dezember 2012].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

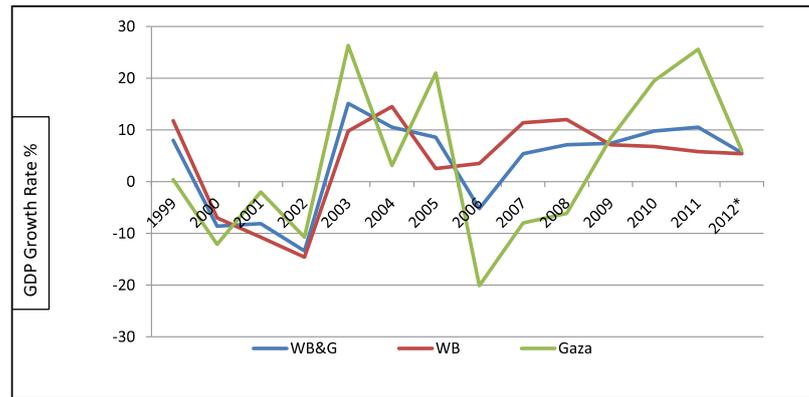
**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

JUDITH SPIRIG
DR. HANS HEYN

13. Dezember 2012

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

Figure 1. Real GDP Growth Rate 1999-2012



* Based on preliminary data for the first quarter of 2012, Source: PCBS, National Accounts

Quelle: The World Bank (2012) 'Fiscal Crisis, Economic Prospects: The Imperative for Economic Cohesion in the Palestinian Territories.', Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee, 23 September: 5.

Der wirtschaftliche Abschwung ist ein Resultat verschiedener Entwicklungen. Zu diesen zählen nebst der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der damit zusammenhängenden Abnahme ausländischer Beiträge auch stärkere israelische Beschränkungen von palästinensischen Exporten nach Israel. Gemäß einem Bericht des IWF verursachten diese Beschränkungen zwischen 2008 und 2011 einen 24%-igen Rückgang solcher Exporte.¹⁷ Des Weiteren gibt eine von der Weltbank zitierte Studie an, dass die von Israel auferlegten Exportbeschränkungen 2010 für Kosten in Höhe von 85% des palästinensischen BIP verantwortlich waren.¹⁸ Ein kürzlich veröffentlichter Bericht über den Beitrag Europas zur wirtschaftlichen Erhaltung von israelischen Siedlungen im Westjordanland (durch politische Maßnahmen und Importpraktiken) konstatiert schließlich sogar, dass die von Israel auferlegten Beschränkungen zusammen mit der israelischen Siedlungspolitik für die palästinensische Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern verantwortlich sind.¹⁹

Möglicherweise überraschend gilt Korruption in der Palästinensischen Autonomiebehörde nicht als einer der Gründe für die angespannte finanzielle Situation. Trotz existierender Korruption muss berücksichtigt werden, dass die hiesige Korruption im Vergleich zu anderen Gebieten in der Region ein relativ geringes Problem darstellt. Dies hat auch damit zu tun, dass Fayyads Regierung hart gegen Korruption vorgegangen ist. So wurde unter anderem durch die Einsetzung einer Anti-Korruptionskommission 2010 und Ermittlungen gegen einige Minister aufgrund von Korruptionsvorwürfen eine Abnahme der Wahrnehmung von Korruption erreicht.²⁰ Wie auch die Weltbank bestätigt, scheint daher Korruption nicht eines der signifikanten Probleme für geschäftliche Tätigkeiten im Westjordanland oder Gazastreifen zu sein.²¹

¹⁷ Vgl. IMF (2012) 'Recent Experience and Prospects of the Economy of the West Bank and Gaza.', Staff Report Prepared for the Meeting of the Ad Hoc Liaison Committee, 21 March: 5. www.imf.org/external/country/WBG/RR/2012/032112.pdf [10. Dezember 2012].

¹⁸ Vgl. 22 Organizations (2012) 'Trading away Peace: How Europe sustains illegal Israeli settlements.' <http://www.fidh.org/IMG/pdf/trading.pdf> [10. Dezember 2012].

¹⁹ Vgl. ebd.: 19.

²⁰ Vgl., zum Beispiel: The World Bank (2011) 'West Bank and Gaza: Improving Governance and Reducing Corruption.' <http://siteresources.worldbank.org/INTWESTBANKGAZA/Resources/GovernanceReportWBGEngMay18,2011.pdf> [10. Dezember 2012].

²¹ Vgl. The World Bank (2011) 'West Bank and Gaza: Institutional Capacity.', July 2011: 11. http://www.lacs.ps/documentsShow.aspx?ATT_ID=6018 [10. Dezember 2012].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

JUDITH SPIRIG
DR. HANS HEYN

13. Dezember 2012

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

Diese Ausführungen deuten erneut auf das Pariser Protokoll hin, weil es die palästinensischen Handlungsbeziehungen mit Drittländern regelt. Die in der Praxis notwendige israelische Zustimmung für den grenzüberschreitenden Handel (entweder passieren die Güter Israel oder zumindest israelisch kontrollierte Grenzübergänge) ist dabei ein vielfaches Problem. Häufige Verspätungen machen beispielsweise den Export von palästinensischen Agrarprodukten in Drittländer faktisch unmöglich.

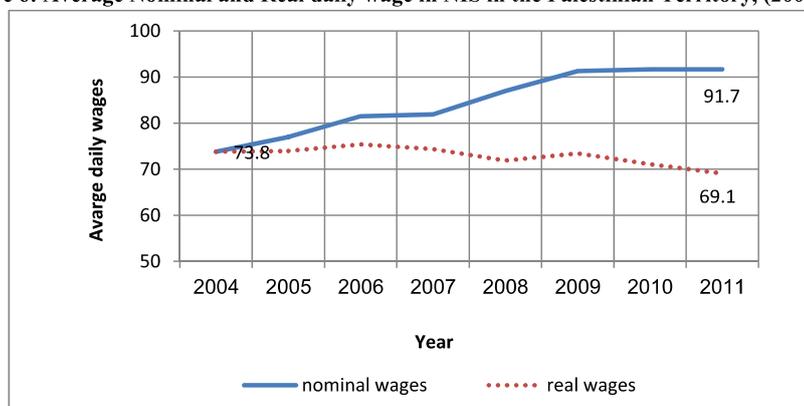
Die rückläufigen finanziellen Ressourcen haben unter anderem dazu geführt, dass die PA die Löhne der öffentlichen Angestellten, welche zwischen 19% und 25% aller Angestellten im Westjordanland ausmachen, für nun mehr als ein Jahr nicht rechtzeitig oder nicht vollständig auszahlen konnte.²² Die PA benötigte daher dringend eine Erhöhung der Staatseinnahmen und nahm dabei die Erhöhung der Steuern auf Güter wohl als praktikabelste Lösung wahr. Diese Handlung trug auch ihren Teil zum Preisanstieg bei, ist jedoch nicht der Hauptgrund für den substanziellen Anstieg des Konsumentenpreisindex über die letzten Jahre.

EIN WEITERER GRUND FÜR DIE ÖFFENTLICHEN UNMUTSÄUSSERUNGEN

Weder integratives noch nachhaltiges Wachstum

Eine neue Studie des Palestine Economic Policy Research Institute – MAS – die erste, die die Auswirkungen der Wachstumsperiode zwischen 2006 und 2010 systematisch analysiert – gibt einen Einblick in die ungleiche Verteilung der Dividenden des BIP-Wachstums in den Palästinensischen Gebieten. Obwohl im Jahr 2010 das reale palästinensische BIP 33% höher war als 2006, trotz einer tiefen Rezession im Gazastreifen,²³ fiel der durchschnittliche Tageslohn im Westjordanland im selben Zeitraum um 3%.

Figure 6: Average Nominal and Real daily wage in NIS in the Palestinian Territory, (2004-2011)



Quelle: Palestinian Central Bureau of Statistics (2012), 'Performance of the Palestinian Economy, 2011.': 21. http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_PCBS/Downloads/book1883.pdf [4 December 2012].

Wie die in der Studie präsentierten Daten nahe legen, wuchs nicht in erster Linie die verarbeitende Industrie, sondern der Immobilien- sowie die Transport-, Lagerungs- und

²² Vgl. Strickland, P. O. (2012) 'Echoes of the Past: Palestine in Protest.', CounterPunch Weekend Edition, 7-9 September. <http://www.counterpunch.org/2012/09/07/palestine-in-protest/> [10. Dezember 2012]. Siehe auch Larudee, M. (2012) 'A new study: Who Shared the Fruits of Growth in the Palestinian Economy, 2006-2010?', Palestine Economic Policy Research Institute-MAS.

²³ Vgl. Larudee, M. (2012) 'A new study: Who Shared the Fruits of Growth in the Palestinian Economy, 2006-2010?', Palestine Economic Policy Research Institute-MAS: o.S.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

JUDITH SPIRIG
DR. HANS HEYN

13. Dezember 2012

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

Kommunikationssektoren. Bereits 2008 war festzustellen, dass dieses nicht sehr nachhaltige Wirtschaftswachstum einen Anstieg der Immobilienpreise zur Folge haben würde, was vor allem in Ramallah zu beobachten war. In diesem Zusammenhang ist auch die ‚Beschäftigungsquote‘ (BQ) in der palästinensischen Volkswirtschaft – misst den Anteil der beschäftigten Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter²⁴ – interessant, da sie die niedrigste gemeldete BQ weltweit ist. Insgesamt folgert die Studie, dass „die unverhältnismäßigen Gewinner des Wachstums innerhalb dieses Zeitraums die Empfänger von Nichterwerbseinkommen wie Profiten, Zinsen und Mieten waren“²⁵. Für viele Angestellte stiegen die Nominallöhne nicht einmal so schnell wie der Konsumentenpreisindex und daher fiel die Kaufkraft des Durchschnittslohns – im Westjordanland um 3,3%. In anderen Worten, obwohl die nicht inflationsbereinigten Nominallöhne stiegen, sanken die inflationsbereinigten Reallöhne. Folglich hatten die Menschen im Westjordanland trotz BIP-Wachstums durchschnittlich weniger Geld zur Verfügung. Als die Preise Anfang September 2012 aufgrund der Erhöhung der Mehrwertsteuer und Treibstoffpreise in Israel erneut stiegen, bekundeten zumindest diejenigen Palästinenserinnen und Palästinenser, die unverhältnismäßig viel Geld für grundlegende Güter und Treibstoff ausgeben (wie beispielsweise Bus- und Taxifahrer sowie Studierende), dass sie sich diese Preise nicht mehr leisten konnten.

IMPLIKATIONEN

Die Gründe für die September-Proteste im Westjordanland sind vielfältig. Auf den ersten Blick sind die Ursachen wirtschaftlicher Natur: steigende Preise, eine wachsende sozioökonomische Kluft sowie ein Budgetdefizit. Bei genauerer Betrachtung werden jedoch die politischen Dimensionen sichtbar. Die Wirtschaft des Westjordanlandes wird durch das Pariser Protokoll und andere Formen israelischer Kontrolle stark eingeschränkt. Gemäß Pariser Protokoll muss die PA die Mehrwertsteuer sowie Treibstoffpreise in den Palästinensischen Gebieten mit jenen in Israel abstimmen, obwohl der Einkommensunterschied zwischen den beiden Gebieten enorm ist. Zusätzlich grenzt Israels Auferlegung von Einschränkungen und Hindernissen für Exporte aus dem Westjordanland dessen wirtschaftliches Entwicklungspotential beträchtlich ein. Schließlich hat Israel die Macht, von den Vorgaben des PP abzuweichen, ohne ernsthafte Konsequenzen fürchten zu müssen.

Wie die Proteste Anfang September zeigten, verschlechterte sich im Zusammenhang mit der Stagnation der palästinensischen Wirtschaft und steigenden Preisen die öffentliche Meinung über die PA. Die vom Zentrum für Politik- und Umfrageforschung und der KAS Ramallah durchgeführten Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass die Popularität von Präsident Mahmud Abbas im Westjordanland von ungefähr 60% im März 2012 auf 50% im September gefallen ist.²⁶ Obwohl derzeit die öffentliche Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Unfähigkeit der PA, ein akzeptables Gleichgewicht zwischen Lebenserhaltungskosten und Gehältern aufrechtzuerhalten, gerichtet ist, erkennt die palästinensische Bevölkerung auch die zentrale Rolle Israels, des Pariser Protokolls und des eingeschränkten Handlungsspielraums der PA. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass fast die Hälfte der Palästinenser und Palästinenserinnen glaubt, die Wirtschaftskrise sei fabriziert.

²⁴ Diese Zahl sagt wenig über die tatsächliche Verfassung einer Volkswirtschaft aus, sofern sie nicht in Zusammenhang mit weiteren Indikatoren gedeutet wird. Sie kann jedoch eine teilweise Einsicht gewähren.

²⁵ The Portland Trust (2012) ‘Palestinian Economic Bulletin.’, November 2012 (74): 1.

²⁶ Vgl. die Ergebnisse der jüngsten Umfragen auf der Webseite des PSR: <http://www.pcpsr.org/> [10. Dezember 2012].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

JUDITH SPIRIG
DR. HANS HEYN

13. Dezember 2012

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

Nichtsdestotrotz hat derzeit weder die PA noch die israelische Regierung ein wirkliches Interesse daran, diese Themen anzusprechen. Eher verfolgen beide das Ziel, schnelle wirtschaftlicher Entwicklung zu fördern, um politische Ziele zu ermöglichen – oder, wie Zyniker sagen würden, zu ersetzen.²⁷ Die PA als Hauptadressatin der Proteste und als Sicherheitsgarantin für Israel hat zwei gute Gründe, mit Härte gegen die Protestierenden vorzugehen: Israel und ihr Interesse am eigenen politischen Überleben. Gleichzeitig ist auch Israel an einer funktionierenden Sicherheitszusammenarbeit mit der PA gelegen, weshalb ein finanzieller Kollaps der PA sowohl von dieser selbst als auch von der israelischen Regierung gefürchtet wird.

Dennoch hat die palästinensische Bevölkerung während der September-Proteste die Erfahrung gemacht, dass sie die Entscheidungen der Regierung beeinflussen kann, wenn auch vielleicht eher durch Proteste als durch einen demokratischen Prozess, wie die relativ niedrige Wahlbeteiligung an den Kommunalwahlen vom 20. Oktober 2012 nahelegt. Auch die PA scheint sich des Missmutes bewusst und erweckt den Eindruck, gezielt zu versuchen, dessen öffentlichen Ausdruck zu unterdrücken – wie etwa am Beispiel eines Radioprogramms gesehen werden kann, das abgebrochen wurde, sobald ein Teilnehmer die Regierung zu kritisieren begann.

Interne Reformen im Westjordanland sind deswegen trotz ernsthafter äußerer Zwänge unerlässlich. Abgesehen von der notwendigen Schließung der finanziellen Lücke – wozu internationale Beiträge entscheidend sind –, um den Druck auf die palästinensische Wirtschaft in Zusammenhang mit den Preissteigerungen zu mindern, ist ein Sozialversicherungssystem zentral. Salam Fayyad, der als ehemaliger Ökonom des IWFs von der internationalen Gemeinschaft breite Unterstützung erfährt, gelang es, ein beträchtliches Wirtschaftswachstum im Westjordanland zu erreichen und Erfolge im Kampf gegen die Korruption zu erzielen. Allerdings wurde dabei die Bedeutung von Solidarität und sozialer Absicherung für eine erfolgreiche und wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft vernachlässigt. Indem sie Fayyads Rücktritt forderten, erinnerten die Demonstrierenden ihn im September nachdrücklich daran, dass sinkende Reallöhne und steigende Preise weitreichende sozioökonomische Auswirkungen auf große Teile der palästinensischen Bevölkerung haben.

Langfristig können diese internen Reformen die strukturellen politischen Ursachen für die düstere Wirtschaftslage im Westjordanland jedoch nicht kompensieren. Um die Gründe für die steigenden Preise und die Wirtschaftsproteste im September wirklich anzugehen, sind Verhandlungen zwischen Israel und Palästina absolut notwendig: Die vom Pariser Protokoll auferlegten strukturellen Hindernisse für die Entwicklung der palästinensischen Volkswirtschaft müssen angegangen werden. Das heißt, dass zumindest im Hinblick auf die Abhängigkeit der palästinensischen Mehrwertsteuer und Treibstoffpreise sowie Israels Einsammeln palästinensischer Steuern umfassende Reformen zentral sind.

Die Bedeutung solcher Reformen geht über die Aussichten auf Wirtschaftswachstum im Westjordanland hinaus, da weder Israel noch die Palästinensische Autonomiebehörde sich eine Verschlechterung der Situation leisten können. Folglich stellt das Pariser Protokoll in seiner derzeitigen Form ein Friedenshindernis dar.



Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Auslandsbüro Palästinensische
Gebiete
Internationale Zusammenarbeit

PO Box 27242 | 91272 Jerusalem

Telefon
+972 2 24043-05
Telefax
+972 2 24043-07

²⁷ Diese Strategien werden oft ‚Fayyadismus‘ bzw. Netanjahus ‚Theorie vom ökonomischen Frieden‘ genannt. Vgl. Ahren, R. (2008) ‚Netanyahu: Economics, not politics, is the key to peace‘, Haaretz, 20. November. <http://www.haaretz.com/print-edition/news/netanyahu-economics-not-politics-is-the-key-to-peace-1.257617> [10. Dezember 2012].